

// HOCHSCHULE UND FORSCHUNG //

GEW Brandenburg • Postfach 60 07 63 • 14407 Potsdam

Potsdam, 10. April 2026

Offene Fragen – zur Absichtserklärung zwischen der Hasso-Plattner-Stiftung und der Universität Potsdam

Am 2. Juni 2025 haben das Land Brandenburg, die Universität Potsdam und die Hasso-Plattner-Foundation (HPF) einen Letter of Intent zur „Weiterentwicklung“ des an die Universität angebotenen Hasso-Plattner-Instituts (HPI) und der gemeinsam betriebenen Digital Engineering Fakultät unterzeichnet. Diese Absichtserklärung sieht weitreichende bauliche, stadtplanerische, hochschul- und finanzpolitische Schritte vor, um das HPI räumlich und kapazitär auszubauen. Die HPF erwirbt den Campus Griebnitzsee und stellt der Universität im Gegenzug die kürzlich privat erworbenen Flächen am Brauhausberg zur Verfügung. Dort soll die Ruine des ehemaligen Landtages saniert und durch mehrere Gebäude erweitert werden, sodass die bisher am Griebnitzsee beheimateten Fakultäten bis 2035 dorthin umgesiedelt werden können. Dadurch wird das HPI am Campus Griebnitzsee expandieren. Es soll mittelfristig „ein führendes Institut für digitale Wissenschaften in Europa werden“. Erträge kommen der Universität zugute, die damit notwendige Investitionen tätigen will.

Die GEW Brandenburg vertritt die Interessen der abhängig Beschäftigten und Studierenden an den Brandenburger Hochschulen. In den vergangenen Jahren haben wir die Expansion des HPI und die zunehmende öffentlich-privatwirtschaftliche Verschränkung der Universität Potsdam und des HPI kritisch beobachtet. Die GEW hat auf ihrem 30. Gewerkschaftstag im Mai 2025 ihr Programm für eine demokratische und emanzipative Hochschule bekräftigt. Vor diesem Hintergrund positionieren wir uns zu dem unterzeichneten Letter of Intent und rufen die Universitätsöffentlichkeit zu einer kritischen Debatte auf.

Ein „Bekenntnis zur Institution ‚öffentliche Universität‘“?

Universitätspräsident Oliver Günther hat die Unterzeichnung der Absichtserklärung in einem Brief an die Mitglieder der Universität als ein „Bekenntnis zur Institution ‚öffentliche Universität‘“ in „politischen schwierigen Zeiten“ gefeiert. Eine Erklärung, inwiefern eine Vertiefung privatwirtschaftlicher, mäzenatischer Investitionen und Einflussnahmen – in Zeiten politischen Drucks auf die Hochschulen durch Kürzungspläne, Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit und Rechtsruck – ein Beitrag zur öffentlichen Universität sein soll, bleibt der Präsident schuldig.

Der Aufbau des HPI als Public-Private-Partnership mit der Universität seit dem Ende der 1990er-Jahre hat die Frage aufgeworfen, wie „private“ und „öffentliche“ Interessen hier in Einklang gebracht werden. Im Kooperationsvertrag zwischen der HPF und der Universität vom 2. Juni 2017, mit dem die

gemeinsame Digital-Engineering-Fakultät geregelt wurde, sind weitgehende Zugeständnisse an die privatwirtschaftlich geführte Stiftung vorgesehen, etwa in Fragen der gemeinsamen Berufungen.

Die GEW setzt sich für freie und selbstverwaltete Bildung ein, die auskömmlich öffentlich finanziert wird. Privatisierung von Bildung und die Einflussnahmen machtvoller Milliardäre in die größte Universität des Landes lehnen wir ab. Die GEW fordert die Einführung einer Vermögenssteuer, nicht zuletzt, um Bildung zu finanzieren, die allen ungeachtet ihrer ökonomischen Lage zugutekommt.

Der Erwerb der universitären Liegenschaften am Campus Griebnitzsee durch die HPF, der in der Absichtserklärung avisiert wird, stellt eine bundesweit beispiellose Landnahme privater Geldgeber im universitären Bereich dar. Auch wenn damit notwendige Investitionen in die Universität verbunden sind: eine robuste und wissenschaftlich autonome Universität Potsdam braucht keine privaten Geldgeber. Vielmehr müssen sich die Mitglieder der Universität – von den Professor:innen und den Beschäftigten bis zu den Studierenden – gemeinsam für eine auskömmliche öffentliche Finanzierung stark machen. Notfalls in Form von Arbeitskämpfen und politischen Protesten.

„Höchstmaß an Autonomie“ oder Mitbestimmung der Beschäftigten?

Das MBFK und die Universität haben sich verpflichtet, dem HPI „ein Höchstmaß an Autonomie in akademischen Belangen“ zuzugestehen. Konkret werden schnellere Berufungen, die Einrichtung und Akkreditierung von Studiengängen und die Auswahl von Studierenden genannt. Gegen Prozessbeschleunigung ist wenig einzuwenden. Bisher ist allerdings unklar, wie das erreicht werden soll. Selbstverständlich verlangsamt die penible Auslegung von Vorschriften – man denke an Befangenheitsregelungen in Berufungen – die universitäre Bürokratie. Eine Beschleunigung dieser Prozesse wird wohl vor allem damit zu erreichen sein, wenn betriebliche und studentische Mitbestimmung beschnitten und die Freiheit von Forschung und Lehre in der Selbstverwaltung begrenzt wird. Sollte dies intendiert sein, stellen wir uns gegen diese Forderungen.

Bereits jetzt untergräbt die Konstruktion des HPI eine gelingende Personalvertretung und Mitbestimmung [Kooperationsvertrag vom 20. Januar 2017 aus Sicht des Personalrats]

Die abschließende Formulierung, dass die „Optionen zur schnelleren Berufung, Anpassung von Studiengängen und Studierendenauswahl“ auch „anderen herausragenden Forschungsbereichen der Brandenburger Hochschulen zu Gute kommen“ sollen, lässt Mutmaßungen zu, dass hier landesweite Deregulierungspläne besprochen wurden. Sollen das HPI und die Digital Engineering Fakultät eine Blaupause für die Privatisierung oder Deregulierung von Wissenschaft in Brandenburg sein? Wir fordern die Unterzeichneten zur Konkretisierung und Klärung dieser Absichten auf.

Dass am HPI gesetzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht geschätzt werden, ist gut dokumentiert. Nachdem Mitarbeitende 2023 eine Betriebsratswahl angestrebt hatten, hat die Institutsleitung alles darangesetzt, einen Betriebsrat zu verhindern. Wie das [Investigativportal Correctiv](#) berichtete, hat das HPI 200.000 Euro mutmaßlich eigener Mittel eingesetzt, um eine Kanzlei zu engagieren, die sich auf die juristische Gegenwehr gegen betriebliche Mitbestimmung (sog. „Union Busting“) spezialisiert hat. Beschäftigte wurden unter Druck gesetzt, ein alternativer

„Institutsrat“ ohne gesetzliche Mitbestimmungsrechte lanciert und eingeführt sowie eine Mitarbeiterin gekündigt und nach Gerichtsstreit abgefunden. Diese Vorgänge lassen nichts Gutes erahnen, wenn die hieran Beteiligten sich ein „Höchstmaß an Autonomie“ einräumen lassen wollen. Die Universität muss in der Ausgestaltung der Kooperation mit dem HPI deutlich machen, dass ihr demokratische Mitsprache, betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche (Selbst-)Vertretung durch die Beschäftigten ein hohes Gut sind.

Wie die Universitätsleitung ihre eigene „Autonomie“ in Sachen Berufungs- bzw. Tenure-Verfahren interpretiert, durfte die Öffentlichkeit bereits im Fall des Juniorprofessors Johannes Ungelenk erfahren. Das Oberverwaltungsgericht wies das Vorgehen der Universitätsleitung, die Prof. Ungelenk trotz positiver Evaluation nicht entfristen wollte, als [widerrechtlich](#) zurück.

Ein neuer Campus ohne Wohnraum?

Die Absichtserklärung erwähnt Studierende nur als abhängige Größe, die durch ein hochkompetitives „Auswahlverfahren“ Zugang erhalten sollen. Dass Studierende neben ihrem Studienplatz auch Wohnraum brauchen, bleibt unerwähnt. Hier stellen sich einige Fragen. Wie soll der Aufwuchs an Studierenden, der mit der Expansion des HPI verbunden sein wird, in Form von studentischem Wohnraum aufgefangen werden? Auf die bereits über 31.000 Studierenden in Potsdam entfallen nach Angaben des Studierendenwerkes Westbrandenburg gerade einmal 3.176 Wohnheimplätze. In vielen privaten Studierendenwohnheimen zahlen Studierende bereits jetzt horrenden Mieten. Insgesamt ist Potsdam bereits eine der teuersten – wenn nicht die teuerste – Universitätsstadt Ostdeutschlands.

Die Expansion des HPI am Griebnitzsee und die Bebauung des Brauhausbergs muss also notwendigerweise durch sozialen Wohnungsbau, der Studierenden zugutekommt, flankiert werden. Was passiert mit den studentischen Wohnheimen am Campus Griebnitzsee? Es muss davon ausgegangen werden, dass die HPF auch diese miterwerben wird – so wie in einem Kaufangebot vor zwei Jahren vorgesehen, dass die Universitätsleitung noch brüskiert abgelehnt hatte. Diese Privatisierung von Wohnheimen ist inakzeptabel, zumal wenn der Zugang zu diesen Wohnheimplätzen dann exklusiv oder implizit HPI-Studierenden zugestanden wird. Dem RBB hat Präsident Günther [mitgeteilt](#), dass die Umwidmung von Wohnheimplätzen am Griebnitzsee zu einem Gästehaus vorgesehen ist. Die Universität muss sich mit dem Studierendenwerk mit Nachdruck für die Schaffung neuer Wohnheime einsetzen, statt diese Pläne mitzutragen.

Der Campus Griebnitzsee ist zudem ein Zentrum der studentischen Kultur. Bereits jetzt herrscht hier aber ein hierarchisches Nebeneinander. Das HPI verwehrt regelmäßig institutsfremden Studierenden den Zutritt, unterhält exklusive Einrichtungen und es kultiviert in der eigenen Studierendenschaft eine elitäre, exklusive Haltung. Wird der Campus Griebnitzsee nach der Expansion des HPI ein geschlossener Raum, der dem Gros der Potsdamer Studierendenschaft nicht mehr offensteht?